Landtag Brandenburg **Drucksache 7/129**
7. Wahlperiode

Antwort
der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage Nr. 26
der Abgeordneten Birgit Bessin (AfD-Fraktion) und Andreas Kalbitz (AfD-Fraktion)
Drucksache 7/43

Bundesprogramm „Demokratie leben!“ in Brandenburg

Namens der Landesregierung beantwortet der Chef der Staatskanzlei die Kleine Anfrage wie folgt:

Das seit 2015 existierende Bundesprogramm „Demokratie leben!“ ist mit einer Fördersumme von gegenwärtig 115,5 Millionen Euro das finanzkräftigste Programm der Bundesregierung für „Extremismusprävention und Demokratieförderung“. Teil des Programms ist unter anderem die Förderung von „Modellprojekten zum Zusammenleben in der Einwanderungsgesellschaft“. Deutschland wird in diesem Zusammenhang als „Einwanderungsland“ bezeichnet. Eines dieser „Modellprojekte“ ist etwa das Berliner Modell „Umgang mit den türkeibezogenen Konfliktfeldern in der Schule“. Zur Umsetzung des Bundesprogrammes richtete man in Brandenburg ein sogenanntes „Landes-Demokratiezentrum“ ein. Die Aufgaben eines „Landes-Demokratiezentrums“ nimmt seither die Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg/Bündnis für Brandenburg“ der Staatskanzlei wahr. Durch das Bundesprogramm werden ferner kommunale Gebietskörperschaften in Brandenburg unterstützt, „Partnerschaften für Demokratie“ als strukturell angelegte lokale bzw. regionale Bündnisse aufzubauen. In diesen „Partnerschaften für Demokratie“ kommen die Verantwortlichen aus der kommunalen Politik und Verwaltung sowie Vertreter der sogenannten Zivilgesellschaft zusammen. Den geförderten Kommunen stellt das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend jährlich Gelder für einen Aktions- und Initiativfonds zur Verfügung, aus dem konkrete Einzelmaßnahmen finanziert werden können. Über die zu verwirklichenden Einzelmaßnahmen entscheidet jeweils ein regionaler Begleitausschuss, der mehrheitlich mit Vertretern der „Zivilgesellschaft“ besetzt sei.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche Ziele werden in Brandenburg im Rahmen des Bundesprogrammes „Demokratie leben!“ verfolgt?

Zu Frage 1: Die Umsetzung des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ im Land Brandenburg folgt den Leitlinien für den Programmteil B des Programmes. Übergeordnetes Ziel ist es, ziviles Engagement und demokratisches Verhalten auf der kommunalen, regionalen und überregionalen Ebene zu fördern. Hierzu werden Vereine, Projekte und Initiativen unterstützt, die sich der Förderung von Demokratie und Vielfalt widmen und insbesondere gegen Rechtsextremismus und Phänomene gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit wie z.B. Rassismus und Antisemitismus arbeiten.

Eingegangen: 05.11.2019 / Ausgegeben: 11.11.2019

Darüber hinaus können auch andere Formen von Demokratie- und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, von politisierter oder vorgeblich politisch bzw. vorgeblich religiös legitimierter Gewalt, von Hass und politischer Radikalisierung Gegenstand präventiver Arbeit und damit Gegenstand der Programmumsetzung sein.
Besondere Schwerpunkte bei der Ausgestaltung sind die Stärkung regionaler und landesweiter Vernetzungs- und Diskussionsprozesse. Hierbei spielt die Beratung bei und die partizipatorische Bearbeitung von regionalen und lokalen Konfliktlagen eine herausgehobene Bedeutung. Zudem soll die Handlungssicherheit in den Phänomenbereichen Rechtsextremismus, Antisemitismus und Islamismus und die Umsetzung von Präventionsangeboten gestärkt werden. Schlussendlich ist ein weiteres Ziel die Aufklärung über die Erscheinungsformen in den benannten Phänomenbereichen im Land Brandenburg. Wesentliches Ziel ist zudem die Beratung von Betroffenen rechtsextremistischer und fremdenfeindlicher Gewalt.

2. Wie hoch war der Anteil der zugewiesenen Mittel im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ für Brandenburg seit 2015? (Bitte in absoluten und relativen Zahlen je Haushaltsjahr ausweisen.)

Zu Frage 2: Da der Fragesteller die notwendige Bezugsgröße für den relativen Anteil nicht angegeben hat, werden die dem Land Brandenburg an das Landesdemokratiezentrum bewilligten Mittel im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ in absoluten Zahlen aufgeführt.

Zugewiesene Bundesmittel 2015-2019

2015	2016	2017	2018	2019
405.000,00 €	458.552,00 €	779.938,63 €	955.084,31 €	989.162,84 €

3. Welche Vereine, Initiativen, Projekte und Ähnliches wurden seit 2015 im Rahmen des Programms „Demokratie leben!“ von der Landesregierung gefördert? (Bitte einzeln mit entsprechender Fördersumme je Haushaltsjahr aufschlüsseln.)

Zu Frage 3: Das Landesdemokratiezentrum hat folgende Projekte aus Mitteln des Bundes, die dem Land Brandenburg zur Verfügung gestellt wurden, sowie aus Landesmitteln gefördert:

2015

Zuwendungsempfänger	Projekt	Landesmittel	Bundesmittel
Demokratie und Integration Brandenburg e.V/ demos Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung	Kommunales Beratungsangebot - Mobile Beratung im Land Brandenburg	661.252,01 €	339.873,63 €

2016

Zuwendungsempfänger	Projekt	Landesmittel	Bundesmittel
Demokratie und Integration Brandenburg e.V/ demos Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung	Kommunales Beratungsangebot - Mobile Beratung im Land Brandenburg	668.871,71 €	388.731,57 €

2017

Zuwendungsempfänger	Projekt	Landesmittel	Bundesmittel
Demokratie und Integration Brandenburg e.V/ demos Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung	Kommunales Beratungsangebot - Mobile Beratung im Land Brandenburg	749.868,69 €	522.918,99 €
RAA Brandenburg	Fachstelle Islam im Land Brandenburg	9.797,80 €	39.191,18 €

2018

Zuwendungsempfänger	Projekt	Landesmittel	Bundesmittel
Demokratie und Integration Brandenburg e.V/ demos Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung	Kommunales Beratungsangebot - Mobile Beratung im Land Brandenburg	754.821,68 €	598.432,70 €
Demokratie und Integration Brandenburg e.V. / RAA Brandenburg	Feindschaften vermeiden - Fachstelle Islam im Land Brandenburg	32.487,62 €	206.651,61 €

2019

Zuwendungsempfänger	Projekt	Landesmittel	Bundesmittel
Demokratie und Integration Brandenburg e.V/ demos Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung	Kommunales Beratungsangebot - Mobile Beratung im Land Brandenburg	739.562,45 €	634.340,20 €
Demokratie und Integration Brandenburg e.V. / RAA Brandenburg	Feindschaften vermeiden - Fachstelle Islam im Land Brandenburg	49.955,66 €	199.822,64 €

Im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ wurden zudem folgende vom Bund geförderten Modellprojekte durch die Landesregierung in folgender Höhe kofinanziert:

2015

Zuwendungsempfänger	Projekt	Höhe der Kofinanzierung
BildungsBausteine e. V.	Verknüpfungen. Antisemitismus in der pluralen Gesellschaft	4.926,03 €
Institut für genderreflektierte Gewaltprävention	Präfix R - Radikalisierungspräventionsprogramm für Kinder inhaftierter Eltern	17.000,00 €

2016

Zuwendungsempfänger	Projekt	Höhe der Kofinanzierung
BildungsBausteine e. V.	Verknüpfungen. Antisemitismus in der pluralen Gesellschaft	5.233,56 €
Deutsche Gesellschaft e. V.	Jugendreporter vor Ort. Gemeinsam für Demokratie und gegen Fremdenfeindlichkeit	7.900,00 €
Institut für genderreflektierte Gewaltprävention	Präfix R - Radikalisierungspräventionsprogramm für Kinder inhaftierter Eltern	17.000,00 €
Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein e.V.	Es ist deine Kampagne	14.000,00 €

2017

Zuwendungsempfänger	Projekt	Höhe der Kofinanzierung
BildungsBausteine e. V.	Verknüpfungen. Antisemitismus in der pluralen Gesellschaft	5.235,85 €
Deutsche Gesellschaft e. V.	Jugendreporter vor Ort. Gemeinsam für Demokratie und gegen Fremdenfeindlichkeit	24.000,00 €
Institut für genderreflektierte Gewaltprävention	Präfix R - Radikalisierungspräventionsprogramm für Kinder inhaftierter Eltern	17.000,00 €
Institut für genderreflektierte Gewaltprävention	Präfix R plus - Radikalisierungspräventionsprogramm für Kinder inhaftierter Eltern (ab 15.12.2017)	17.000,00 €
Violence Prevention Network e.V. (Trägerverbund mit Cultures Interactives e.v.)	EXchange Brandenburg - Mobile Maßnahmen zur Prävention und Deradikalisierung im Strafvollzug	22.000,00 €
Opferperspektive e.V.	FairHandeln!	6.000,00 €
Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein e.V.	Es ist deine Kampagne	14.000,00 €
Jugendbildungsstätte Flecken-Zechlin e.V.	Organize	24.000,00 €
Deutsches Kinderhilfswerk Berlin e.V.	bestimmt bunt – Vielfalt und Mitbestimmung in der Kita	5.000,00 €
DEVI e.V. – Verein für Demokratie und Vielfalt in Schule und beruflicher Bildung	Berufsschulen und Oberstufenzentren für Zusammenhalt, Demokratie und Vielfalt	7.500,00 €
Forschungsinstitut Betriebliche Bildung (f-bb) gGmbH	Methodenkoffer „Demokratie leben!“ in der Berufsausbildung	9.461,14 €
Demokratie und Integration Brandenburg e.V. / RAA Brandenburg	EmPa3 – Empowerment und Partizipation in Fürstenwalde/Spree	5.925,69 €

2018

Zuwendungsempfänger	Projekt	Höhe der Kofinanzierung
BildungsBausteine e. V.	Verknüpfungen. Antisemitismus in der pluralen Gesellschaft	5.226,50 €
Deutsche Gesellschaft e. V.	Jugendreporter vor Ort. Gemeinsam für Demokratie und gegen Fremdenfeindlichkeit	24.000,00 €
Institut für genderreflektierte Gewaltprävention	Präfix R plus - Radikalisierungspräventionsprogramm für Kinder inhaftierter Eltern	17.000,00 €
Violence Prevention Network e.V. (Trägerverbund mit Cultures Interactives e.v.)	EXchange Brandenburg - Mobile Maßnahmen zur Prävention und Deradikalisierung im Strafvollzug	33.330,00 €
Opferperspektive e.V.	FairHandeln!	10.300,00 €
Gesellschaft für Inklusion und Soziale Arbeit e.V. (isa)	GU trifft Gemeinde	13.220,00 €
Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein e.V.	Es ist deine Kampagne	14.000,00 €
Jugendbildungsstätte Flecken-Zechlin e.V.	Organize	24.000,00 €
Deutsches Kinderhilfswerk Berlin e.V.	bestimmt bunt – Vielfalt und Mitbestimmung in der Kita	5.000,00 €
DEVI e.V. – Verein für Demo-	Berufsschulen und Oberstufenzentren für Zusammen-	15.000,00 €

kratie und Vielfalt in Schule und beruflicher Bildung	halt, Demokratie und Vielfalt	
Demokratie und Integration Brandenburg e.V. / RAA Brandenburg	EmPa3 – Empowerment und Partizipation in Fürstenwalde/Spree	8.130,43 €
Verein zur Förderung der beruflichen Bildung in der Region Altmark West e.V.	Integration und Teilhabe durch kommunale Konfliktberatung	8.000,00 €

2019

Zuwendungsempfänger	Projekt	Höhe der Kofinanzierung
BildungsBausteine e. V.	Verknüpfungen. Antisemitismus in der pluralen Gesellschaft	5.260,04 €
Deutsche Gesellschaft e. V.	Jugendreporter vor Ort. Gemeinsam für Demokratie und gegen Fremdenfeindlichkeit	24.000,00 €
Institut für genderreflektierte Gewaltprävention	Präfix R plus - Radikalisierungspräventionsprogramm für Kinder inhaftierter Eltern	17.000,00 €
Violence Prevention Network e.V. (Trägerverbund mit Cultures Interactives e.v.)	EXchange Brandenburg - Mobile Maßnahmen zur Prävention und Deradikalisierung im Strafvollzug	33.330,00 €
Opferperspektive e.V.	FairHandeln!	10.762,00 €
Gesellschaft für Inklusion und Soziale Arbeit e.V. (isa)	GU trifft Gemeinde	14.500,00 €
Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein e.V.	Es ist deine Kampagne	14.000,00 €
Jugendbildungsstätte Flecken-Zechlin e.V.	Organize	24.000,00 €
Deutsches Kinderhilfswerk Berlin e.V.	bestimmt bunt – Vielfalt und Mitbestimmung in der Kita	5.000,00 €
DEVI e.V. – Verein für Demokratie und Vielfalt in Schule und beruflicher Bildung	Berufsschulen und Oberstufenzentren für Zusammenhalt, Demokratie und Vielfalt	15.000,00 €
Demokratie und Integration Brandenburg e.V. / RAA Brandenburg	EmPa3 – Empowerment und Partizipation in Fürstenwalde/Spree	16.000,00 €
Verein zur Förderung der beruflichen Bildung in der Region Altmark West e.V.	Integration und Teilhabe durch kommunale Konfliktberatung	8.000,00 €
Regionale Arbeitsstelle für Bildung, Integration und Demokratie (RAA) Mecklenburg-Vorpommern e.V.	perspektywa – Vom Grenzraum zum Begegnungsraum	16.125,00 €
Cultures Interactive	Genderreflektierte Rassismusprävention	20.950,00 €
Dissens e. V.	Social Media Intervention	8.500,00 €

4. Welchen Anteil machten dabei in absoluten und relativen Zahlen Förderungen von Vereinen, Initiativen, Projekten und Ähnlichem gegen Rechtsextremismus, Linksextremismus, Islamismus und Ausländerextremismus aus? (Bitte für das jeweilige Extremismusphänomen je Haushaltsjahr ausweisen.)

Zu Frage 4: Nicht alle Projekte zielen explizit auf einen singulären Phänomenbereich ab. Eine Zuordnung von Teilsummen und die entsprechende zahlenmäßige Aufschlüsselung ist bei diesen Projekten nicht möglich, jedoch werden die von den Projekten bearbeiteten Phänomenbereiche dargestellt.
Das Projekt „Jugendreporter vor Ort. Gemeinsam für Demokratie und gegen Fremdenfeindlichkeit“ wird dabei dem Phänomen Rassismus und rassistische Diskriminierung zugeordnet. In der Antragstellung werden als Ziele u. a. die Vernetzung von Präventionsaktivitäten auf kommunaler und regionaler Ebene und die Bekämpfung von politischem Extremismus benannt.

Das Projekt „Verknüpfungen. Antisemitismus in der pluralen Gesellschaft“ ist dem Phänomen „Aktuelle Formen des Antisemitismus“ zugeordnet. Ziele des Projektes sind Zurückdrängung und Prävention von Antisemitismus, Rassismus und anderen menschenverachtenden Ideologien.

Die Projekte „Präfix R“, „Präfix R plus“ und „EXchange Brandenburg – Mobile Maßnahmen zur Prävention und Deradikalisierung im Strafvollzug“ sind in Justizvollzugsanstalten und Stellen der Bewährungshilfe durchgeführt worden. Sie fokussieren nicht speziell auf Fragen der Prävention von Links-, Rechts-, islamistischem oder Ausländerextremismus: Sie sind generell an Inhaftierte gerichtet, die gefährdet sein könnten, sich religiös oder politisch zu radikalisieren oder bereits einer radikal-extremistischen Gruppe angehören. Die Projektkonzeptionen ermöglichen es, auf die spezifischen Bedarfe der Klientel flexibel zu reagieren.

Das Projekt von DEVI befasst sich u. a. mit Rechtsextremismus und religiösem Extremismus. Das Projekt des Forschungsinstituts Betriebliche Bildung gGmbH (f-bb) befasst sich u. a. mit Rechtsextremismus und anderen demokratiefeindlichen Strömungen.
Das Projekt "Es ist deine Kampagne" ist ein Angebot an 10 - 18-jährige Jugendliche, sich direkt vor Ort oder in einer Bildungsmaßnahme der Bildungsstätte mit den Themen Vielfalt, Flucht und Migration auseinanderzusetzen. Bei dem Projekt "Organize" steht die Jugendbeteiligung im ländlichen Raum im Vordergrund.

Das Projekt EmPa3 widmet sich der Entwicklung und Erprobung von Peer-to-Peer Ansätzen in der Konfliktbearbeitung, Konzeption und Erprobung innovativer Ansätze zur interkulturellen Mediation, Konfliktvermeidung oder Deeskalation durch Multiplikatorinnen und Multiplikatoren. Ähnliche Ziele verfolgt das Projekt „Integration und Teilhabe durch kommunale Konfliktberatung“.
Das Projekt „Perspekywa“ arbeitet in den Bundesländern Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg und hat im Grenzraum zu Polen ein Zusammenwachsen von Zugezogenen und Alteingesessenen - jenseits nationaler Zuschreibungen - sowie die Stärkung von lokalen Partizipationsprozessen zum Ziel.

5. Wie wird durch die Landesregierung bei der Vergabe der Fördermittel aus dem Programm „Demokratie leben!“ sichergestellt, dass keine extremistischen Personen, Initiativen und Vereine unmittelbar oder mittelbar über den Zuwendungsempfänger durch Weitergabe von Geldern (zum Beispiel in Form von Arbeits-, Dienstleistungs- oder Werkverträgen) finanziell unterstützt werden?

Zu Frage 5: Die Landesregierung prüft bei jeder Vergabe von Fördermitteln den Antragszweck und den jeweiligen Antragsteller auf seine grundsätzliche Förderfähigkeit. Hierzu legt er, z. B. als Verein, u.a. seine Satzung vor, aus der inhaltliche Ziele abgeleitet werden können. Weiterhin ist die Gemeinnützigkeit nachzuweisen. Diese kann bei nicht verfassungskonformen Vereinigungen grundsätzlich nicht vorliegen. Insofern kann eine Förderung extremistischer Antragssteller ausgeschlossen werden.
Ob und welcher Dienstleister sich ein Antragsteller ggf. bedient, entscheidet dieser in eigener Verantwortung. Dort, wo Fördermittel nicht zweckentsprechend verwendet werden, werden diese zurückgefordert.

6. Müssen sich Zuwendungsempfänger ausdrücklich, das heißt durch schriftliche Erklärung, zum Grundgesetz bekennen? Falls dem nicht so sein sollte, warum nicht?

Zu Frage 6: Eine schriftliche Erklärung mit einem ausdrücklichen Bekenntnis zum Grundgesetz sehen die geltenden Ausführungen zum Zuwendungsrecht nicht als Bedingung vor. Sie wird mit Hinweis auf die o.g. Voraussetzungen auch nicht gefordert.

7. Warum wurde sich dafür entschieden, die Aufgaben eines „Landes-Demokratiezentrums“ von der Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg/Bündnis für Brandenburg“ in der Staatskanzlei wahrnehmen zu lassen?

8. Von welcher Stelle wurde zu welchem Zeitpunkt die Entscheidung getroffen, das brandenburgische „Demokratiezentrum“ in der Staatskanzlei anzusiedeln?

9. Wurden bei der Entscheidung andere staatliche Stellen für die Übernahme der Aufgaben eines „Demokratiezentrums“ in Betracht gezogen? Wenn ja, welche?

Zu den Fragen 7-9: Die Fragen werden auf Grund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.
Der Begriff „Landesdemokratiezentrum“ (LDZ) wurde mit dem Bundesprogramm „Demokratie leben!“ durch den Bund eingeführt. Bereits deutlich vor der Förderung von Landesdemokratiezentren hat die Koordinierungsstelle Tolerantes Brandenburg – basierend auf dem Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ – das vom Bund geforderte Aufgabenspektrum eines Landesdemokratiezentrums abgedeckt. So wurden die mit dem Bundesprogramm „Demokratie leben!“ geforderten Beratungsstrukturen wie die Mobilen Beratungsteams und die Opferberatung bereits damals durch die Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ gefördert. Darüber hinaus war sie als Landeskoordinierungsstelle für die Vorläuferprogramme von „Demokratie leben!“ bereits langjähriger Ansprechpartner gegenüber dem Bund und bündelte die Kompetenzen der Fachkräfte staatlicher und nichtstaatlicher Einrichtungen in der Arbeit gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus.
Folgerichtig ist die Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ seit Beginn des Bundesprogrammes im Jahr 2015 das Brandenburger Landesdemokratiezentrum. Einer gesonderten Entscheidung bedurfte es nicht.

10. Wo gibt es in Brandenburg „Partnerschaften für Demokratie“ und wer ist für die jeweilige Partnerschaft verantwortlich?

Zu Frage 10: In Brandenburg gibt es aktuell 18 lokale „Partnerschaften für Demokratie“. Eine Auflistung der in Brandenburg existierenden lokalen „Partnerschaften für Demokratie“ und das jeweils für die konkrete PfD federführende Amt sind unter folgendem Link aufgeführt: https://www.demokratie-leben.de/partnerschaften-fuer-demokratie.html#c9857.

11. Wo gibt es in Brandenburg sogenannte Begleitausschüsse und wie sind diese besetzt?

Zu Frage 11: Der Begleitausschuss ist konstitutives Element einer jeden lokalen „Partnerschaft für Demokratie“. Ihm sollen laut der Leitlinie des Bundes zur Förderung der lokalen Partnerschaften neben Vertreterinnen und Vertretern aus möglichst allen relevanten Ressorts der kommunalen Verwaltung und anderer staatlicher Institutionen mehrheitlich lokale bzw. regionale Handlungsträger der Zivilgesellschaft angehören.
Da die Förderung der PfD direkt über den Bund erfolgt, entzieht sich die genaue Zusammensetzung der jeweiligen Partnerschaft der Kenntnis der Landesregierung.

12. Wer entscheidet über die Besetzung der Begleitausschüsse und spielt dabei die Parteizugehörigkeit der jeweiligen Personen eine Rolle?

Zu Frage 12: Die Besetzung der Begleitausschüsse unterliegt der kommunalen Selbstverwaltung und wird in der Regel über eine Geschäftsordnung geregelt. Das Verfahren kann dabei in den einzelnen Partnerschaften unterschiedlich sein.
Ob in einzelnen Begleitausschüssen Vertreterinnen und Vertreter von Parteien vertreten sind, entzieht sich der Kenntnis der Landesregierung (siehe auch Antwort zu Frage 11).